

*Philip O'Brien*

## Im Kreuzfeuer: Kinder und bewaffnete Konflikte in Mittel- und Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

*Für eine verstärkte Zusammenarbeit von UNICEF und OSZE*

*Wenn das Leben und die Grundrechte von  
Kindern auf dem Spiel stehen, dürfen  
wir nicht schweigend zusehen*

Graça Machel<sup>1</sup>

### *Einführung*

In ihrem Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder aus dem Jahr 1996 sprach Graça Machel davon, dass immer größere Teile der Welt im Strudel eines „desolaten moralischen Vakuums“ versänken. Dieses sei, so Machel, ein „Raum bar selbst der elementarsten menschlichen Werte, ein Ort, an dem Kinder abgeschlachtet, vergewaltigt und verstümmelt werden“.<sup>2</sup>

Was hat sich seit diesen Äußerungen getan? Graça Machel bemerkte vor kurzem: „In den Jahren seit der Veröffentlichung des Berichts ist die Situation nicht besser, sondern nur noch schlimmer geworden. Es gibt immer mehr Konflikte - und es gehört mittlerweile zu den alltäglichen Dingen des Lebens, dass Kinder gezielt und nicht etwa zufällig Opfer von Konflikten werden.“ Diese traurige Wahrheit ist in den letzten Jahren nur allzu offensichtlich geworden.

### *Kinder und bewaffnete Konflikte: Der globale Kontext*

Im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts starben rund zwei Millionen Kinder infolge von Kriegen, weitere zwölf Millionen wurden obdachlos, sechs Millionen wurden verletzt oder trugen schwere körperliche Behinderungen davon.<sup>3</sup> Jedes Jahr werden 6.000 Kinder durch Landminen getötet oder verstümmelt, die dort verlegt sind, wo Kinder leben, spielen und zur

---

1 Graça Machel, *The Impact of War on Children*, London 2001, S. 4 (dieses und weitere Zitate aus fremdsprachigen Texten sind eigene Übersetzungen).

2 *The Impact of Armed Conflict on Children*. Report of Graça Machel, Expert of the Secretary-General of the United Nations, Vereinte Nationen 1996.

3 Vgl. Machel, a.a.O. (Anm. 1), S. 1-2.

Schule gehen.<sup>4</sup> Diejenigen, die diese Traumata überleben, leiden unter den dauerhaften psychischen Folgen der Brutalität des Krieges.

Zurzeit sind über 300.000 Kinder unter 18 Jahren direkt an Konflikten in aller Welt beteiligt: Sie werden dazu gezwungen, als Soldaten, Träger, Boten, Köche oder Sexsklaven zu dienen.<sup>5</sup> Kinder, die als Soldaten für Streitkräfte rekrutiert werden, müssen häufig Gräueltaten mit ansehen oder sich an ihnen beteiligen und erleiden dabei nicht nur physische, sondern auch schwere psychische Traumata, die ein Leben lang anhalten.

Kinder sind die ersten, die unter den Folgen der Wirren und Verwerfungen des Krieges, Armut, Unterernährung und Krankheiten, leiden. Mindestens die Hälfte der weltweit geschätzten 40 Millionen Vertriebenen sind Kinder, davon rund ein Drittel im eigenen Land.<sup>6</sup> Über eine Million Kinder sind zu Waisen geworden oder wurden im Krieg von ihren Eltern getrennt. Diese Kinder sind oft dazu verurteilt, endlose Jahre wartend in Flüchtlingslagern zu verbringen. Ihre elementaren Rechte auf Überleben, Wohlergehen und Entwicklung sind bedroht.

Kinder werden vorsätzlich zur Zielscheibe von Aktionen zur Einschüchterung und Unterwerfung der Bevölkerung. Mädchen werden insbesondere zum Ziel von Vergewaltigung oder geschlechtsspezifischer Gewalt, die als Kriegswaffen dienen. Das Leid heranwachsender Mädchen, die sexuell missbraucht wurden, geht oftmals noch mit dem Stigma der Schande einher, was zur Folge haben kann, dass sie aus ihren Gemeinschaften verstoßen werden. Durch die Zunahme sexuell übertragbarer Krankheiten, insbesondere von HIV/AIDS, erhält ihr Leiden zusätzlich eine tödliche Dimension.

#### *Kinder und bewaffnete Konflikte in Mittel- und Osteuropa und der GUS<sup>7</sup>*

Krieg ist noch immer eine Geißel im Leben von Millionen von Kindern in Mittel- und Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 sind in einem Drittel der 27 Transformationsländer bewaffnete Konflikte ausgebrochen. Dazu gehören die Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan (1988-1994), im Ferganatal in Zentralasien (1989-1991), in Georgien (1990-1994), Moldau (1992), Tadschikistan (1992-1997), im Nordkaukasus (von 1992 bis zur Gegenwart), Bosnien und Herzegowina (1991-1995), Kroatien (1991-1995), in

4 Vgl. UNICEF, Annual Report 2000, New York 2000, S. 14.

5 Vgl. Machel, a.a.O. (Anm. 1), S. 2.

6 Vgl. UNICEF, UNICEF Actions on Behalf of Children Affected by Armed Conflicts, New York 2000, S. 2.

7 Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Bundesrepublik Jugoslawien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan; die Türkei ist den Verwaltungsstrukturen und Programmen des Regionalbüros für Mittel- und Osteuropa und die GUS zugeordnet.

der Bundesrepublik Jugoslawien (1998-1999) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (2001).<sup>8</sup>

Ende des Jahres 2000 gab es in der Region Mittel- und Osteuropa sowie auf dem Gebiet der GUS offiziell 2,2 Millionen Binnenvertriebene. Beinahe eine Million Menschen waren durch Kriege und Konflikte, die in jüngster Zeit zwischen und innerhalb von Staaten stattgefunden hatten, zu Flüchtlingen geworden. Hunderttausende von Kindern wurden getötet, verletzt, traumatisiert oder verloren ihre Eltern.

Kinder leiden ganz besonders unter den Auswirkungen dieser Konflikte und sind in viele von ihnen direkt verwickelt. Die „Koalition für die Beendigung des Einsatzes von Kindersoldaten“ stellt fest: „In Bosnien-Herzegowina, Tschetschenien, Berg-Karabach, im Südosten der Türkei, im Kosovo, möglicherweise auch in Dagestan und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien dienen Kinder als Spione, Boten und Transporteure von Waffen und Munition und werden dabei - unvermeidlich - getötet oder töten selber.“<sup>9</sup> Details dazu, wie einzelne Konflikte in der Region sich konkret auf Kinder auswirken, werden weiter unten geschildert.

### *Der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten*

Worauf können sich Menschen berufen, die sich dafür einsetzen, den unschuldigen Opfern von Konflikten zu helfen? UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, nennt hierfür als Maßstab an allererster Stelle das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, das meiststratifizierte Menschenrechtsdokument der Geschichte. Das Übereinkommen legt klar und deutlich fest, was zu tun ist, wenn Kinder von Konflikten betroffen sind: Kinder dürfen nicht zu den Streitkräften eingezogen oder dazu gezwungen werden, an bewaffneten Konflikten teilzunehmen; die Rechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Kindesalter sind zu schützen; Kinder, die zu Opfern des Krieges werden, und ihre Familien müssen Unterstützung erhalten; durch Erziehung zur Toleranz sollen zukünftige Konflikte verhütet werden. Durch das Übereinkommen erhielt UNICEF die Aufgabe sicherzustellen, dass die Interessen der Kinder beim Friedensaufbau und bei der Lösung von Konflikten ausdrücklich vorrangig berücksichtigt werden.

UNICEF hat sein Engagement für Kinder in bewaffneten Konflikten im letzten Jahrzehnt erheblich ausgeweitet. Im Jahr 1996 veröffentlichte Graça Machel ihren bahnbrechenden Bericht an die Vereinten Nationen, *The Impact of Armed Conflict on Children*, in dem sie das Ausmaß und den Umfang des Problems in all seinen schrecklichen Einzelheiten beschreibt. Im selben Jahr legte UNICEF seine Agenda gegen den Krieg und kurze Zeit später die

---

8 Vgl. MONEE Project, A Decade of Transition, UNICEF Innocenti Research Centre, 2001, S. 5.

9 Coalition to Stop the Use of Child Soldiers, Child Soldiers Global Report 2001.

Agenda für Frieden und Sicherheit für Kinder vor, die im Februar 1999 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen präsentiert wurde. Die Agenda für Frieden und Sicherheit für Kinder setzt sieben Schwerpunkte: die Beendigung des Einsatzes von Kindern als Soldaten, den Schutz humanitärer Hilfe und derjenigen, die sie leisten, Unterstützung bei der Minenräumung, den Schutz der Kinder vor den Folgen von Sanktionen, die Gewährleistung, dass Friedensaufbau insbesondere Kinder einbezieht; die Anfechtung der Straffreiheit für insbesondere an Kindern begangene Kriegsverbrechen sowie die Förderung von Frühwarn- und Präventionsmaßnahmen für Kinder.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen misst den Belangen von Kindern in seinen jüngsten Resolutionen und Erklärungen zunehmend Bedeutung zu. Seit 1998 gab es im Sicherheitsrat vier Debatten über Kinder, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, und es wurden drei Resolutionen zu diesem Thema angenommen (Resolutionen 1261, 1314 und 1379). Der Sicherheitsrat erklärt in diesen Resolutionen, dass die Belange von Kindern in allen Aspekten der Friedenskonsolidierung, der Friedensschaffung und der Friedenserhaltung zu berücksichtigen sind.

Die Vereinten Nationen übernehmen beim Schutz der Rechte von Kindern eine zunehmend aktivere Rolle. Im Mai 2002 hielt die Generalversammlung eine beispiellose dreitägige Sondertagung über Kinder ab, in deren Verlauf führende Politiker aus aller Welt Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern in bewaffneten Konflikten vereinbarten. Ebenfalls im Jahr 2002 traten zwei Fakultativprotokolle zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes in Kraft. Das erste verbietet den Verkauf von Kindern, Kinderprostitution und Kinderpornographie; das zweite, „betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten“, ächtet die Zwangsrekrutierung und die Teilnahme von Kindern unter 18 Jahren an Kampfhandlungen (siehe Kasten am Ende des Beitrags). Etliche Staaten nutzten die VN-Sondertagung zur Ratifizierung der Fakultativprotokolle.

Weitere internationale Abkommen aus jüngster Zeit haben die Aufmerksamkeit für die Rechte von Kindern im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten erhöht. Das Übereinkommen von Ottawa verbietet den Einsatz von Landminen, das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit von 1999 verbietet die Zwangsrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten, und der internationale Strafgerichtshof hat die Einberufung von Kindern unter 15 Jahren und ihre Beteiligung an Kampfhandlungen als Kriegsverbrechen gebrandmarkt.

UNICEF arbeitet bei der Behandlung des Problems Kinder in bewaffneten Konflikten in Mittel- und Osteuropa, in der GUS und im Baltikum sowohl auf regionaler als auch auf Länderebene mit der OSZE bzw. dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE zusammen. UNICEF tritt dafür ein, dass die OSZE ihre Politik und ihre Pro-

gramme zur Unterstützung der Rechte von Kindern, insbesondere jenen, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, verstärkt. Im Jahr 2001 haben UNICEF und das BDIMR gemeinsam eine repräsentative Meinungsumfrage unter Kindern und Jugendlichen aus 35 Ländern in Europa und Zentralasien durchgeführt, in der Kinder zwischen neun und 17 Jahren über ihre Ansichten zu einem breiten Themenspektrum befragt wurden. Auf Länderebene haben etliche OSZE-Missionen und UNICEF-Länderbüros gemeinsam die Ergebnisse der Umfrage veröffentlicht und Runde Tische und Konferenzen u.a. zu den Themen Kinderhandel, Entwicklung nationaler Aktionspläne für Kinder, Konfliktverhütung und politische Bildung durchgeführt.

Diese zunehmenden weltweiten Bemühungen im Interesse von Kindern in bewaffneten Konflikten sind ein Meilenstein. Kinder, die einstmals unsichtbaren Opfer des Krieges, haben nun ein Gesicht, eine Stimme und das Recht auf ein Leben in Frieden erhalten.

„Kinder motivieren uns auf einzigartige und zwingende Art und Weise zum Handeln“, schreibt Graça Machel in ihrer 2001 überarbeiteten Studie *The Impact of War on Children*. „Aus unserem kollektiven Versagen beim Schutz der Kinder müssen wir die Konsequenzen ziehen und nun die Chance ergreifen, den Problemen, die ihr Leiden verursachen, ins Auge zu sehen. Jeder Einzelne von uns trägt die Verantwortung für die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder. Und es geht jeden Einzelnen von uns etwas an.“

#### *Der Schutz der Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten*

UNICEF ist in 161 Ländern präsent und vor, während und nach Konflikten im Einsatz. Seinen Aktionen liegt daher die Erkenntnis zugrunde, dass nicht nur die Notwendigkeit besteht, Nothilfe mit Entwicklungshilfe zu verbinden, sondern dass es genauso wichtig ist, dauerhaften Frieden und Stabilität zu fördern. Die wichtigsten Ziele der Nothilfemaßnahmen von UNICEF sind

- Gefahren für Kinder durch die Auseinandersetzung mit den *Konfliktursachen* vorzubeugen;
- das Überleben der *besonders gefährdeten Kinder und Frauen* zu sichern;
- den *Schutz vor Gewalt, Ausbeutung, Missbrauch, Vergewaltigung und Einziehung zu den Streitkräften* zu gewährleisten;
- die *Demobilisierung, Rehabilitation und soziale Reintegration* von Kindersoldaten zu fördern;
- *Aufklärungskampagnen über die Gefahren von Landminen* und *Rehabilitationsprogramme auf kommunaler Ebene* für Kinder, die Opfer von Landminen geworden sind, zu unterstützen;
- *dauerhafte Lösungen* durch die Erhöhung von Eigenverantwortlichkeit, Gestaltungs- und Entscheidungsmacht („*Empowerment*“) von Familien und Gemeinden mit besonderer Unterstützung für Frauen zu fördern.

## *Kinder in den Konfliktgebieten Mittel- und Osteuropas und der GUS<sup>10</sup>*

### *Armenien*

In Armenien lebt eine große Zahl von Kriegsflüchtlingen. Nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) sind 264.327 ethnische Armenier in Armenien als Flüchtlinge registriert. 26.978 oder zehn Prozent davon sind Kinder unter 17 Jahren. Flüchtlinge machen fast ein Viertel der Schüler an ländlichen Schulen in Armenien aus; sie müssen eine Klassenstufe um ein Mehrfaches öfter wiederholen als der durchschnittliche armenische Schüler.

UNICEF hat im Jahr 2001 einheimische und internationale NGOs dabei unterstützt, kommunale Zentren für sozial gefährdete Kinder und deren Familien einzurichten. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei 85 Flüchtlingskindern, die in isolierten und verarmten Gemeinden in Eriwan und Umgebung leben. Die kommunalen Zentren unterstützten die Berufsausbildung gefährdeter Jugendlicher und förderten ihre Integration in die Gemeinden durch außerschulische Aktivitäten für gefährdete Familien.

UNICEF hat sich auch am Druck eines Leitfadens für die Menschenrechtserziehung für Lehrer und Schüler beteiligt. Das Projekt umfasst die Herausgabe sowohl von Schüler- als auch von Lehrerleitfäden sowie die Schulung von Lehrern mit dem Ziel, Kinder und ihre Familien mit den Rechten von Kindern vertraut zu machen.

### *Aserbaidschan*

Ende des Jahres 2000 hielten sich in Aserbaidschan 220.241 Flüchtlinge und 568.989 Binnenvertriebene auf, darunter 540.387 Kinder und Frauen. Die Menschen waren infolge des bewaffneten Konflikts mit Armenien um die aserbaidsschische Provinz Berg-Karabach vertrieben worden. Die Mehrheit der Vertriebenen lebt in unzureichenden Unterkünften, hat kaum Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen und ihre Energieversorgung ist erheblich eingeschränkt.

Die Armut ist unter Flüchtlingen und Binnenvertriebenen besonders groß. Lediglich ein Drittel aller Vertriebenen im arbeitsfähigen Alter ist erwerbstätig und beinahe drei Viertel der Frauen sind arbeitslos. Die Aussichten auf einen Einkommenserwerb sind trostlos. Die Binnenvertriebenen und Flüchtlinge erhalten eine monatliche Lebensmittelhilfe in Höhe von 4,50 US-Dollar pro Person sowie einen Zuschuss von ungefähr zwei Dollar für jedes Kind, wenn das Haushaltseinkommen weniger als 3,75 Dollar pro Kopf beträgt.

Vertriebene Kinder sind den Geißeln der Armut besonders wehrlos ausgeliefert. So sind Durchfallerkrankungen bei vertriebenen Kindern besonders weit

---

10 Alle Daten in diesem Abschnitt stammen aus Berichten von UNICEF-Länderbüros und regionalen Büros.

verbreitet. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung ergab, dass mehr als ein Viertel der vertriebenen Kinder unter fünf Jahren in den vorangegangenen zwei Wochen an Durchfall gelitten hatte.

Rund 197.000 Vertriebene - etwa 35 Prozent aller Binnenvertriebenen in Aserbaidschan - sind Kinder im Schulalter. Die traumatischen Erfahrungen dieser Kinder, ihre schlechten Lebensbedingungen und ihr beschränkter Zugang zu guter Schulbildung gefährden ihre Aussichten auf eine gesunde und angemessene Entwicklung. Eine Studie aus dem Jahr 1995 belegt, dass rund ein Drittel der Kinder, die auf der Straße arbeiten, Binnenvertriebene oder Flüchtlinge waren.

UNICEF und das Welternährungsprogramm (WFP) unterstützen gemeinsam multifunktionale Zentren für binnenvertriebene Kinder im Vorschulalter, mit deren Hilfe die psychischen Folgeschäden von Krieg und Vertreibung gelindert und die Bildungsaussichten binnenvertriebener Kinder verbessert werden sollen. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge betreibt derzeit die Sanierung von Schulen in Vertriebenengemeinden, UNICEF unterstützt Programme zur Erziehung von Kindern zu Frieden und Toleranz und zur beruflichen Bildung junger binnenvertriebener Erwachsener. Wenn die Maßnahmen zur Verbesserung ihrer hoffnungslosen Lebensbedingungen nicht beschleunigt werden, besteht jedoch die Gefahr, dass viele vertriebene Kinder straffällig oder kriminell werden.

Es besteht Hoffnung, dass Fortschritte in den Friedensverhandlungen zwischen Aserbaidschan und Armenien dazu führen, dass die besetzten Gebiete an Aserbaidschan zurückgegeben werden. Die Möglichkeit für entwurzelte Menschen - frei, sicher, freiwillig und in Würde - in ihre Heimat zurückzukehren, ist ein grundlegendes Menschenrecht. Erhebungen haben übereinstimmend ergeben, dass die große Mehrheit der Binnenvertriebenen in Aserbaidschan in ihre Heimatorte zurückkehren will. Binnenvertriebenen die Rückkehr zu ermöglichen ist daher ein nationales Interesse von vorrangiger Bedeutung.

### *Bosnien und Herzegowina*

Bosnien und Herzegowina hat noch immer mit den Folgen des Krieges zu kämpfen, der verheerende Auswirkungen auf das Land und seine Bevölkerung hatte. In einem Land mit 4,37 Millionen Einwohnern (1991) sprechen die Zahlen für sich und zeugen von einer Tragödie: Bis 1996 waren bis zu 2,7 Millionen Menschen - also fast zwei von drei Einwohnern - zu Vertriebenen oder Flüchtlingen geworden; 1,5 Millionen davon waren Frauen und Kinder. Eine Viertelmillion Menschen war getötet, 200.000 waren verletzt worden. In dem Konflikt, der dafür berüchtigt war, dass gezielt gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen wurde, waren die Opfer häufig Kinder: Schätzungsweise 16.800 Kinder wurden getötet (davon fast zehn Prozent allein in Sarajewo), 34.700 verletzt. Schätzungsweise 45.000 Kinder verloren ein Elternteil; heute

sind 3.350 Vollwaisen registriert. Die Hälfte der Schulen wurde während des Krieges stark beschädigt. Etwa 10.000 Fachkräfte, darunter Ärzte, Krankenschwestern und Lehrer, wurden im Krieg getötet oder sind aus dem Land geflohen. Die enormen sozialen Umbrüche halten an: Bis zum Jahr 2000 waren erst etwa 40.000 Binnenvertriebene in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Ende 2001 gab es in Bosnien und Herzegowina noch immer 500.000 Binnenvertriebene, 213.000 Flüchtlinge hielten sich noch in Nachbarländern auf.

Der Wiederaufbau einer elementaren Gesundheitsfürsorge ist ein entscheidender erster Schritt zur Sicherung des Überlebens von Kindern in Konfliktgebieten. In Bosnien und Herzegowina ging die Impfquote für wichtige Schutzimpfungen von über 90 Prozent vor dem Krieg (1991) auf geschätzte 35 Prozent oder weniger während des Krieges zurück. Bis 2001 stiegen die Impfquoten - teilweise dank umfangreicher Impfkampagnen von UNICEF und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) - wieder auf den Vorkriegsstand an. UNICEF und WHO finanzierten eine landesweite Kampagne zur Ausrottung der Kinderlähmung, in deren Verlauf im Jahr 2001 fast 90 Prozent der Kinder unter sechs Jahren geimpft werden konnten.

Bosnien und Herzegowina ist das am stärksten verminnte Land in Europa. Kinder laufen Gefahr, durch die über eine Million Landminen, die im ganzen Land verlegt wurden, getötet zu werden oder schwere Behinderungen davonzutragen. Die UNICEF-Kampagne zur Aufklärung über die Minengefahr hat zu größerer Aufmerksamkeit für dieses Problem beigetragen. Das neue Bewusstsein rettet Leben: Die Zahl der Landminenunfälle sank von 453 im Jahr 1995 (darunter 15 getötete und 68 verletzte Kinder) auf 79 im Jahr 1998, bei denen zwei Kinder starben. In der Zeit nach dem Krieg (1996-2001) wurden insgesamt 237 Kinder durch Landminen getötet oder verletzt, davon zwölf Kinder im Jahr 2001.

Seit dem Ende des Krieges unterstützt UNICEF ein Schulprojekt für traumatisierte Kinder, das mittlerweile landesweit an 30 Prozent aller Grund- und weiterführenden Schulen durchgeführt wird. Untersuchungen, die im Rahmen dieses Projekts durchgeführt wurden, haben ergeben, dass in einigen Gebieten bis zu drei Viertel der Kinder ihre Häuser verlassen mussten, 59 Prozent erlebten, wie ihre Häuser bombardiert wurden, und ein Viertel musste mit ansehen, wie jemand getötet wurde. Das Programm wird von speziell geschulten Beratern und Lehrern unter der Aufsicht von Psychologen und Psychiatern, die in den Gemeinden arbeiten, durchgeführt. Das Projekt soll Heranwachsende in Bosnien und Herzegowina, die schwere Kriegstraumata erlitten und auch nach dem Krieg anhaltende psychologische Probleme haben, auffindig machen und ihnen helfen.

#### *Das Ferganatal: Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan*

Die umstrittenen Grenzen zwischen den zentralasiatischen Republiken Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan sind durch den großflächigen Einsatz



von Antipersonenminen verseucht. Die Destabilisierung der Grenzregion ist die Folge fundamentalistischer Aufstände, die 1998 mit bewaffneten Überfällen begannen und alle drei Länder betreffen. Auch wenn die eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Minen relativ geringfügig sind, gab es doch bereits Dutzende ziviler Opfer, darunter viele Kinder, die meisten davon in Tadschikistan. Für Usbekistan, dessen Streitkräfte weiterhin Gelände verminen, sind keine Zahlen bekannt. Auch Vieh wurde in großer Zahl getötet. Tadschikistan ist zusätzlich durch Landminen und nicht explodierte Munition betroffen, die noch aus dem Bürgerkrieg Mitte der neunziger Jahre stammen. Durch Landminen am meisten gefährdet sind jugendliche und erwachsene Hirten und Bauern; viele Kinder werden auch beim Spielen Opfer von Landminen. Die meisten Vorfälle gehen offenbar auf Unkenntnis der Minengefahr oder zumindest der Stellen, an denen Minen liegen, zurück. Um die Bedrohung für die Zivilbevölkerung in der Region langfristig zu beseitigen, muss erstens die Verlegung von Minen beendet werden, müssen zweitens verseuchte Gebiete nach humanitären Standards geräumt werden und muss drittens das Übereinkommen von Ottawa eingehalten werden, das den Einsatz, die Lagerung, die Herstellung und die Weitergabe von Antipersonenminen verbietet. Bislang ist von den drei Staaten, um die es hier geht, lediglich Tadschikistan dem Übereinkommen beigetreten; es wird allerdings bezweifelt, dass das Verbot landesweit befolgt wird. Kirgisistan hat signalisiert, dem Vertrag in absehbarer Zeit beitreten zu wollen.

Bis das endgültige Ziel, die Beseitigung aller Minen in der Region, erreicht ist, könnte eine Reihe vorläufiger Maßnahmen dazu beitragen, die Zivilbevölkerung und insbesondere Kinder zu schützen. Die Kennzeichnung von Gebieten, von denen bekannt ist, dass sie vermint sind, wäre ein nahe liegender Ausgangspunkt. Bislang sind nur wenige verminte Gebiete beschildert, obwohl das humanitäre Völkerrecht dies verlangt. Räumkapazitäten sind in Kirgisistan und in Tadschikistan (und vermutlich auch in Usbekistan) vorhanden - die Bereitstellung von Landkarten, auf denen die Verlegung von Minen eingezeichnet wurde, würde den Räumungsprozess erheblich beschleunigen.

Minenaufklärung in den Gemeinden hat für UNICEF Vorrang. Geschulte Gemeindeteams können Gespräche mit gefährdeten Gemeinden aufnehmen, in denen Informationen ausgetauscht, Prioritäten festgelegt und Ressourcen mobilisiert werden. Die Kartierung gefährlicher Gebiete durch die Gemeinden selbst sowie die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen ebenfalls durch die Gemeinden spielen dabei eine Schlüsselrolle.

### *Georgien*

Im Jahr 2001 gab es infolge der Konflikte in Abchasien und in der Region Zchinwali (Südossetien) in Georgien 272.000 Binnenvertriebene - 80.000 davon sind Kinder. Außerdem halten sich in Georgien etwa 5.000 tschetsche-

nische Flüchtlinge auf. Alle drei Konflikte sind noch ungelöst, und nach wie vor besteht die Gefahr, dass die Kämpfe in einigen Teilen Georgiens aufgrund der generell instabilen Lage im Lande wieder aufflammen. Kinder, die in der Nähe der Konfliktgebiete leben, sind daher noch immer in Gefahr.

Krieg und Vertreibung, die Dürre und der darauf folgende wirtschaftliche Zusammenbruch haben große Teile der Bevölkerung Abchasiens und Südossetiens schutzlos zurückgelassen. Viele Menschen, die in diesen Regionen oder angrenzenden Gebieten leben, leiden aufgrund ihrer Armut unter bedrohlichem Nahrungsmangel. Waisenkinder und große Familien sind am meisten gefährdet. Hunger und Unterernährung haben vermehrt zu Entwicklungsstörungen bei Kindern von Binnenvertriebenen geführt.

Es gibt mehrere Programme, die sich mit den Traumata und den psychischen Problemen beschäftigen, die durch die bewaffneten Konflikte und die wirtschaftliche Not der Binnenvertriebenen und der einheimischen Bevölkerung in Abchasien und Südossetien hervorgerufen wurden. Zusätzlich gibt es einige wenige Programme, die sich mit den besonderen Bedürfnissen schutzloser Kinder, darunter viele Waisen, die in Sammellagern leben, auseinandersetzen.

Während die Einschulungsrate bei den Binnenvertriebenen mit derjenigen der einheimischen Bevölkerung vergleichbar ist, fehlt es in einigen Dörfern in unmittelbar vom Krieg betroffenen Gebieten an Schulen, da diese während des bewaffneten Konflikts entweder beschädigt oder zerstört wurden, und geeignetem Lehrmaterial. Viele Kinder können nicht zur Schule gehen, da sie weder Kleidung und Schuhe noch Bücher und Hefte besitzen. UNICEF hat in den am stärksten betroffenen Gebieten die grundlegende Schulausstattung zur Verfügung gestellt, die insgesamt rund 10.000 Schülern zugute kommt.

Zusätzlich zu der Unterstützung von Gesundheits- und Bildungsmaßnahmen für besonders benachteiligte Frauen und Kinder hat UNICEF auch an der Einrichtung eines mobilen Vereins für die Rechte des Kindes mitgewirkt. Der Verein bereist die Konfliktgebiete und bietet spezielle Schulungen zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes an. Dadurch konnten bislang rund 7.000 Kinder in der Region, darunter auch binnenvertriebene, über die Rechte von Kindern aufgeklärt werden. Daneben wurde für 200 Mitarbeiter der Kinderfürsorge, die mit besonders schutzbedürftigen Kindern - auch dazu gehören Binnenvertriebene - arbeiten, ein 40-stündiger Fortbildungskurs zum Thema Kinderschutz durchgeführt. Der Kurs hat dazu beigetragen, dass die besonderen Bedürfnisse und Probleme von Kindern, die vom Krieg betroffen sind oder waren, besser erkannt und verstanden werden. Kindern wiederum hat er einen Eindruck davon vermittelt, wie man Konflikte friedlich lösen kann - in der Hoffnung, dass die junge Generation den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen kann.

Im Jahr 2000 hat UNICEF zusammen mit seinen Partnern eine Minenaufklärungskampagne in der Region von Sugdidi in der Nähe der Grenze zu Abchasien durchgeführt. Die Maßnahme umfasste die Schulung von Lehrern in der

Landminenaufklärung, die Verteilung von Plakaten zur Minenaufklärung, den Einsatz mobiler Puppentheater, die Ausstrahlung von Fernsehsendungen und die Verteilung von Informationsbroschüren an Grenzübergängen und in den Gemeinden. Die Kampagne führte zur Bildung einer Sonderarbeitsgruppe „Kinder gegen Minen“, die die Verbreitung von Informationen zur Minenaufklärung in der Region fortsetzt. Das Projekt ist bislang mehr als 3.000 Kindern zugute gekommen.

*Bundesrepublik Jugoslawien (ohne Kosovo)*

UNICEF-Programme in der Bundesrepublik Jugoslawien haben zwei miteinander verknüpfte Schwerpunkte: zum einen die Hilfe für binnenvertriebene und Flüchtlingskinder, zum anderen den Schutz von Kindern vor den Auswirkungen der Sanktionen. Die Strategie von UNICEF besteht darin, die sozialen Dienste dabei zu unterstützen, die sowohl aufgrund des Zustroms von Vertriebenen und Flüchtlingen als auch aufgrund der angespannten Ressourcenlage infolge der Wirtschaftssanktionen angestiegene Anzahl zu bearbeitender Fälle zu bewältigen.

Die sozialen Dienste waren durch die NATO-Bombardierung im Jahr 1999 stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Durch die Bombenangriffe wurden 384 Schulen (darunter 242 Grundschulen) beschädigt, der Unterrichtsausfall betrug durchschnittlich 50 Tage, wegen Brennstoffmangels und infolge von Lehrerstreiks wurden die Schulen außerdem für ungefähr einen Monat geschlossen.

Nach den Bombardierungen der NATO kamen rund 40.000 binnenvertriebene Kinder im Grundschulalter aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro. Die Schulen waren dadurch völlig überfüllt, so dass in drei Schichten unterrichtet werden musste. Zehn Prozent der Kinder in Jugoslawien zeigen schwere durch den Krieg verursachte Traumasymptome.

Die Ziele des von UNICEF unterstützten Bildungsprogramms sind: a) jedem Kind Zugang zu elementarer Schulbildung zu gewährleisten; b) Toleranz und die Rechte von Kindern durch Bildung und Erziehung zu fördern; c) die notwendigen Voraussetzungen für den Schulbesuch zu schaffen, der für von Kriegswirren traumatisierte Kinder ein lebenswichtiger Schritt zurück in die Normalität ist.

Das UNICEF-Bildungsprogramm hat Aktionen finanziert, mit denen das Mobiliar für 1.000 Klassenräume und 200 Sätze Lehrmaterial zur Verfügung gestellt sowie in 40 Schulen die Heizungen repariert werden konnten. Darüber hinaus wurden 3.500 Lehrer in aktive Lernmethoden eingeführt, 300 wurden in gewaltfreier Konfliktlösung geschult. 10.000 Schüler nehmen an dem Programm „Erziehung zu Frieden und Toleranz“ teil. Dieses Programm soll den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen, der von einer jugoslawischen Generation an die nächste weitergegeben wurde.

*Bundesrepublik Jugoslawien: Die unter VN-Verwaltung stehende Provinz Kosovo*

In den zweieinhalb Jahren, die seit dem Ende des Krieges im Kosovo vergangen sind, hat UNICEF trotz anhaltender Instabilität in der Region und inmitten eines rapiden politischen Wandels in der Provinz selbst eines seiner umfassendsten und erfolgreichsten Nothilfe- und Rehabilitationsprogramme durchgeführt. Die Förderung der Menschenrechte - und insbesondere der Rechte des Kindes - ist vielleicht nirgends wichtiger als hier und zudem von fundamentaler Bedeutung zur Sicherung der Zukunft eines Gebietes, das so nah am Herzen Europas liegt.

Von dem Konflikt im Jahre 1999 waren rund eine Million Kosovaren betroffen, die Hälfte davon Kinder (das Kosovo hat den höchsten Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung in Europa); dazu zählen auch Binnenvertriebene und zurückkehrende Flüchtlinge. Die Gewalt, die Kinder und Frauen erlebt haben, hat weitverbreitete Traumata und Stresssyndrome verursacht. Zudem stellen Tausende von Minen und nicht explodierten Sprengkörpern eine große Gefahr für die Heimkehrer dar.

Der größte Teil der Infrastruktur des Kosovo in den Bereichen Gesundheit und Bildung war zerstört oder geplündert, darunter 40 Prozent der Schulen und fast ein Viertel aller Impfzentren. Das Fehlen intakter Gesundheitsfürsorge- und Bildungseinrichtungen sowie sozialer Dienste hatte und hat im Verein mit dem Zusammenbruch der Justiz schwerwiegende und langfristige Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Kindern im Kosovo.

Die Entwicklung des Kosovo ist heute eine der größten Herausforderungen. Es ist nach wie vor das ärmste Gebiet in ganz Europa und weist in einigen Bereichen die schlechtesten sozioökonomischen Indikatoren auf. Die Kinder- und Müttersterblichkeitsraten sind die höchsten in Europa, der Grad an chronischer Unterernährung (Entwicklungsstörungen) ist ebenso unannehmbar hoch. Weniger als zehn Prozent derjenigen Kinder, die besonderer Förderung bedürfen, besuchen die Grundschule. Fast ein Drittel der Mädchen verlässt die Grundschule im Alter von 13 Jahren. Vorschulerziehung findet fast gar nicht statt.

Die kosovarische Jugend ist die größte Hoffnung der Provinz auf eine Zukunft in Wohlstand und Toleranz. Eine kürzlich von UNICEF durchgeführte Studie hat gezeigt, dass kosovarische Jugendliche die optimistischsten in der ganzen Region und am ehesten bereit sind, sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren und sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, insbesondere dort, wo es um Bildung und Freizeit geht. Nichtsdestoweniger sind die Jugendlichen für einige der gravierendsten Probleme der heutigen Zeit nur schlecht gerüstet: Die HIV/AIDS-Aufklärung ist extrem gering, Drogenkonsum, Verstrickungen in die organisierte Kriminalität und Gewalt unter Jugendlichen nehmen zu. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und junge Menschen -

insbesondere aus armen, ländlichen Gemeinden - haben nur wenige Möglichkeiten, die für den Arbeitsmarkt notwendige Qualifikation zu erwerben.

UNICEF verbindet die Entwicklung moderner, kindgerechter Unterrichtsmethoden in seinen 35 Pilotschulen mit der Erarbeitung neuer Lehrpläne, um so die Grundlagen für ein qualitativ hochstehendes, umfassendes Schulsystem zu schaffen. UNICEF entwickelt darüber hinaus ein umfassendes Programm zur *Life-Skills*-Erziehung, d.h. zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Lebensbewältigung, das die Achtung der Menschenrechte, die Fähigkeit zur Lösung von Konflikten, Toleranz und andere lebenswichtige Fragen wie HIV/AIDS-Aufklärung und reproduktive Gesundheit beinhaltet.

### *Kroatien*

Schätzungsweise 400.000 Kinder waren vom Krieg in Kroatien betroffen, über 50.000 waren seinen Schrecken unmittelbar ausgesetzt. Der Krieg in Kroatien dauerte von 1991 bis 1995, seine Langzeitfolgen wirken jedoch noch immer nach. Dazu zählen die Traumatisierung ganzer Familien, Sachschäden und soziale Beeinträchtigungen der Gemeinden, Vertreibung sowie die Verbreitung von Landminen und nicht explodierter Munition.

Der Krieg forderte auch direkteren Tribut: 303 Kinder wurden getötet, 1.280 Kinder wurden verletzt, von denen 298 eine dauerhafte Behinderung davontrugen.

Viele Kinder erlebten den Zerfall ihrer sozialen Netze. Rund 4.455 Kinder verloren ein Elternteil, 131 Kinder verloren beide Eltern. Die Eltern von 900 Kindern werden noch immer vermisst.

Kinder waren fortwährenden Artillerieangriffen und Bombardierungen aus der Luft ausgesetzt. Eine von UNICEF im Jahr 1994 durchgeführte Studie ergab, dass 27 Prozent der vertriebenen Kinder länger als einen Monat in Luftschutzkellern zubrachten, viele von ihnen getrennt von ihren Familien.

Die Vertreibung von Kindern war die häufigste Folge des Krieges. Zu Beginn des Jahres 1992, als die Vertreibungen in Kroatien ihren Höhepunkt erreichten, befanden sich unter den Vertriebenen schätzungsweise 185.000 Kinder. In den Jahren 1992 und 1993 kam eine große Zahl von Flüchtlingen, darunter viele Kinder, aus dem benachbarten Bosnien nach Kroatien. In einer dritten Welle von Zwangsmigration flohen 1995 ethnische Serben aus Kroatien.

Die meisten Menschen, die vor dem Konflikt geflohen sind, sind mittlerweile in ihre Heimat zurückgekehrt. Dennoch gibt es in Kroatien immer noch etwa 25.000 Binnenvertriebene und 20.000 Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina. Seit 1996 sind etwa 86.000 Flüchtlinge aus Jugoslawien und Bosnien und Herzegowina im Rahmen des Programms zur organisierten Rückführung nach Kroatien zurückgekehrt.

Noch immer zerstören Waffen die soziale Struktur Kroatiens. Elf Prozent des Landes sind von rund einer Million Landminen und nicht explodierter Munition übersät. Viele Familien sind nach wie vor im Besitz von Waffen. Unfälle

mit Landminen, der einfache Zugang zu Schusswaffen sowie ein Anstieg der Gewalt in Familien verursachen neue Traumata. Im Verein mit der schlechten Wirtschaftslage und hoher Arbeitslosigkeit behindern diese Probleme nach wie vor die Nachkriegsentwicklung.

In den letzten zehn Jahren hat UNICEF verschiedene psychosoziale Programme in Schulen und Gemeinden unterstützt, die dazu dienen sollen, die Langzeitfolgen des Konflikts zu lindern. Minenaufklärungsprogramme wurden an Schulen durchgeführt und in den Medien verbreitet. UNICEF hat darüber hinaus Programme an Schulen finanziert, die der Förderung von Toleranz und friedlicher Problem- und Konfliktlösung dienen.

#### *Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*

Im Jahr 2001 erlebte Mazedonien die größte Bedrohung seiner Existenz in seiner jüngeren Geschichte. Interethnische Spannungen eskalierten zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen ethnischer Albaner und mazedonischen Sicherheitskräften. Derzeit wird zwar ein von der internationalen Gemeinschaft vermitteltes Rahmenabkommen für Frieden implementiert, bei Extremisten auf beiden Seiten ist jedoch nach wie vor noch ein Gewaltpotential vorhanden.

Auf dem Höhepunkt des Konflikts wurden mehr als 120.000 Angehörige aller ethnischen Gruppen zu Vertriebenen im eigenen Land oder flohen in Nachbarländer. Obwohl die meisten inzwischen in ihre Heimatorte zurückgekehrt sind, hatten die Vertreibung und die Rückkehr in die zerstörten Häuser, Schulen und medizinischen Einrichtungen im ehemaligen Konfliktgebiet traumatische Folgen, insbesondere für Kinder.

Kinder leiden unter starken Stresssymptomen und Angstzuständen, die zu Problemen wie Bettnässen, aggressivem Verhalten und häufigem Weinen führen. UNICEF hat eine umfassende psychosoziale Betreuung organisiert und der betroffenen Bevölkerung Erleichterungen verschafft.

Über 30 Menschen, darunter fünf Kinder, wurden bislang durch Landminen und nicht explodierte Munition verletzt oder getötet. Im Mai 2002 waren noch mehr als 60 Dörfer von Landminen und Blindgängern zu räumen. Als eine der wichtigsten Organisationen, die sich mit der Aufklärung über die Gefahren von Landminen und nicht explodierten Sprengkörpern befassen, versucht UNICEF durch Unterstützung des *Mine Action Office* der Vereinten Nationen und des IKRK sicherzustellen, dass alle Menschen, die in die ehemaligen Konfliktgebiete zurückkehren, sowie gefährdete Familien über Sicherheitsvorkehrungen in Gegenden, in denen sich Landminen und nicht explodierte Sprengkörper befinden, informiert werden.

Unter den heutigen Umständen in Mazedonien ist es von wesentlicher Bedeutung, Kindern im Zuge der Reintegration beizubringen, Unterschiede zu respektieren. Mit Hilfe seines dicht geknüpften Netzes aus Partnern aus Regierungen und NGOs, Jugend- und Familienzentren fördert UNICEF Aus-

söhnung und Reintegration; dazu gehören psychosoziale Hilfe, Minenaufklärung, Workshops zur Lösung von Konflikten sowie die Initiative „Zurück in die Schule“ für Kinder von Flüchtlingen und Vertriebenen und ihre Familien.<sup>11</sup> UNICEF hat darüber hinaus eine Kampagne zur Aufklärung über die Rechte von Kindern in Vertriebenengemeinschaften, insbesondere in diesem so komplizierten Abschnitt ihres Lebens, gestartet. Der Einsatz für die Rechte von Kindern und die Implementierung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes sowie der Fakultativprotokolle wird zusammen mit Partnern aus der Regierung fortgesetzt.

Seit Beginn des Konflikts sorgt UNICEF kontinuierlich dafür, dass Kinder von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen örtliche Grundschulen besuchen können. Seit der Rückkehr der Bevölkerung in die ehemaligen Konfliktgebiete betreibt UNICEF zusammen mit der Regierung und anderen internationalen Organisationen die Instandsetzung und den Wiederaufbau zerstörter Schulen. UNICEF hat darüber hinaus eine landesweite Initiative zur Reform der Lehrpläne gestartet mit dem Ziel, Friedenserziehung und die Lösung von Konflikten in den Unterricht aufzunehmen

Allen Kinder in Mazedonien den Zugang zu Bildung zu ermöglichen ist sowohl für vertriebene Kinder als auch für Kinder, die in vom Konflikt zerstörte Gebiete zurückkehren, von entscheidender Bedeutung. Der Klassenraum ist für ein Kind, das viel Leid erfahren hat, eine Umgebung, die Normalität verkörpert, und der Schulbesuch stellt sicher, dass seine Ausbildung nicht abgebrochen wird und es eine Zukunft hat.

#### *Russische Föderation: Der Nordkaukasus*

In der Republik Inguschetien gibt es noch immer rund 150.000 Vertriebene; einige davon sind in organisierten Lagern untergebracht, andere leben in spontan entstandenen Siedlungen oder haben bei Gastfamilien Unterschlupf gefunden. Rund 160.000 der 600.000 Menschen, die noch in Tschetschenien leben, sind Binnenvertriebene. In Grosny, das in den achtziger Jahren 350.000 Einwohner hatte, leben heute noch ungefähr 90.000 Menschen, die Infrastruktur ist fast vollständig zerstört.

Die anhaltende Unsicherheit in der Republik hält die Binnenvertriebenen davon ab, in ihre Häuser zurückzukehren.

In Inguschetien gibt es derzeit etwa 32.000 binnenvertriebene Kinder im Alter zwischen sieben und 17 Jahren. Rund 9.000 davon besuchen reguläre inguschetische Schulen, weitere 12.000 werden in Schulen unterrichtet, die behelfsmäßig in Holzhütten oder Zelten in der Nähe der Lager und Siedlungen der Binnenvertriebenen eingerichtet wurden. Beides wird von UNICEF un-

---

11 In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist eine im Jahr 2000 von einer mazedonischen NGO durchgeführte Erhebung, in der 61 Prozent der befragten Frauen berichteten, dass sie psychischer Misshandlung in ihren Familien ausgesetzt seien; 24 Prozent gaben an, Opfer physischer Gewalt geworden zu sein.

terstützt. In Tschetschenien gehen rund 200.000 Kinder in rund 400 Schulen. In einigen Gebieten sind bis zu einem Drittel der Schulgebäude völlig zerstört, viele andere sind schwer beschädigt. Klassenzimmer sind häufig in völlig ungeeigneten Räumlichkeiten, denen es an elementarster Ausstattung fehlt, untergebracht. UNICEF hat ein Sanierungsprogramm für das Schulwesen entwickelt, um die Aufnahmekapazitäten der weniger stark beschädigten Schulgebäude zu erhöhen; außerdem wurden Schulbücher und Lernmaterial an alle binnenvertriebenen Kinder verteilt, die in Inguschetien und Tschechenien zur Schule gehen.

UNICEF unterstützt die Einrichtung so genannter „kinderfreundlicher Zonen“ - Zufluchtsorte, an denen Kinder im Vorschul- und Grundschulalter lernen, spielen, Sport treiben, essen, Beratung erhalten und sich ganz allgemein in einer normalen Atmosphäre aufhalten können. Kleinere „kinderfreundliche Zonen“ wurden für mehr als 200 gefährdete Kinder in Grosny geschaffen; in Inguschetien wurden drei von Binnenvertriebenen aufgegebene Kindergärten saniert. UNICEF unterstützt darüber hinaus mehrere Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, um zu verhindern, dass sie in gefährliche Machenschaften hineingezogen werden.

In Tschetschenien sind etwa 500.000 Minen verlegt. Bis heute wurden 7.000 bis 10.000 Menschen, darunter etwa 4.000 Kinder, bei Unfällen mit Minen und nicht explodierten Sprengkörpern verletzt. Solange die Kampfhandlungen anhalten, werden auch weiterhin Minen verlegt.

Im Jahr 2001 erreichte die Minenaufklärungskampagne von UNICEF ungefähr 52.000 binnenvertriebene Kinder in Inguschetien und rund 20.000 Kinder in Tschetschenien. UNICEF unterstützt ebenso die Schulung von medizinischem Pflegepersonal in Inguschetien und Tschetschenien in der psychologischen Betreuung von Minenopfern in den Gemeinden. In den Jahren 2001 und 2002 wurde in Zusammenarbeit mit Teilnehmern eines Prothetik-Workshops und einem Rehabilitations- und Physiotherapiezentrum ein umfassendes Hilfsprogramm für Kinder und Jugendliche, die Opfer von Minen geworden sind, entwickelt. Opfern und Pflegepersonen kann so psychologische Beratung angeboten werden, wann immer sie diese benötigen.

UNICEF hat in Zusammenarbeit mit einer polnischen NGO ein umfangreiches Programm für die Herstellung und Verteilung von Trinkwasser in Grosny entwickelt, wo das städtische Wasserversorgungssystem während des Konflikts zerstört wurde. Erst vor kurzem wurde dem Programm ein Abfall- und Abwassersammelsystem angegliedert. Die Bemühungen im Bereich Wasserver- und -entsorgung konzentrieren sich auf Schulen und medizinische Einrichtungen. In der Nähe mehrerer Krankenhäuser wurden provisorische Toiletten und Müllverbrennungsanlagen zur Entsorgung gefährlicher medizinischer Abfälle errichtet.

Die Bevölkerung in Inguschetien leidet noch immer unter einem Mangel an ausreichender Gesundheitsfürsorge für Frauen und Kinder und hat dringenden Bedarf an Rehabilitationsmöglichkeiten für psychisch Kranke. In Tsche-



tschenien bleiben die medizinischen Bedürfnisse der Bevölkerung weitgehend unerfüllt. Infolge der Notsituation sind die Ressourcen der vorhandenen medizinischen Einrichtungen völlig erschöpft. Die Seuchenüberwachung funktioniert kaum.

UNICEF hilft dabei, einen der Grundpfeiler des Gesundheitswesens wieder zu errichten: das Impfprogramm für Kinder. Sowohl in Inguschetien als auch in Tschetschenien richtet UNICEF eine für den Erhalt der Wirkstoffe benötigte Kühlkette zum Transport und zur Lagerung von Impfstoffen ein und baut das so genannte erweiterte Impfprogramm wieder auf. Das Programm ist den unbeständigen politischen Gegebenheiten in der Region angepasst: Es wurden neue Impfpässe ausgegeben, die im Falle von Flucht oder Vertreibung mitgenommen werden können und es den Eltern erlauben, über den Impfstatus ihrer Kinder genauestens Buch zu führen. In allen Fällen von Krieg und Vertreibung drängt UNICEF Eltern stets dazu, die Gesundheit ihrer Kinder und damit ihre Zukunft zu schützen.

\*\*\*

„Eine kindergerechte Welt“, schreibt VN-Generalsekretär Kofi Annan, „ist eine gerechte und friedliche Welt.“<sup>12</sup> Dennoch scheint Frieden in Teilen Mittel- und Osteuropas, der GUS und des Baltikums ein ferner Wunschtraum zu sein. UNICEF und seine Partner wollen mit ihrer Arbeit Kindern, deren Leben durch Kriege und Konflikte erschüttert oder zerstört wurden, ein Stück Normalität und Hoffnung zurückgeben.

Die dauerhafte Lösung des Problems Kinder und bewaffnete Konflikte liegt in der Hand der politischen Führer. Viel zu vielen politischen Führern jedoch ist Krieg wichtiger als das Wohlergehen der Menschen. „Wenn wir die Geißel des Krieges gegen Kinder tolerieren, machen wir uns mitschuldig an ihrem Leiden“, schreibt Graça Machel. „Niemand hat auch nur annähernd genug gegen die Macht, die Gier und die politischen Sachzwänge unternommen, mit denen Erwachsene das Verbrechen gutheißen, dass Kinder im Krieg geopfert werden.“<sup>13</sup>

Zu dem Ringen der Staaten in Mittel- und Osteuropa, der GUS und dem Baltikum mit alten und neuen Konflikten passt Graça Machel's verzweifelter Appell: „Die Staatengemeinschaft muss sich mit der Not der vom Krieg betroffenen Kinder und Frauen mit neuem Nachdruck auseinandersetzen. Der Schutz dieser Kinder und Frauen ist nicht verhandelbar. Ebenso selbstverständlich, wie Kinder liebevoll umsorgt und geschützt werden müssen, müssen diejenigen, die Kriege führen, legitimieren und unterstützen, zur Rechenschaft gezogen und verurteilt werden. Kinder können es sich nicht leisten, zu warten.“<sup>14</sup>

---

12 Kofi A. Annan, *We the Children*, United Nations, New York 2001, S. 101.

13 Machel, a.a.O. (Anm. 1), S. 188.

14 Ebenda.

*Wichtige internationale Übereinkünfte und Protokolle zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten*

Unterzeichnerstaaten in Mittel- und Osteuropa, der GUS und im Baltikum\*

Das VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde von allen Staaten in Europa und Zentralasien ratifiziert.

*Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung:*

Albanien\*, Bosnien und Herzegowina\*, Bulgarien\*, Kroatien\*, Litauen, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, Moldau\*, Polen, Rumänien\*, Slowakei\*, Slowenien\*, Tadschikistan\*, Tschechische Republik\*, Turkmenistan\*, Ukraine, Ungarn\*

Nichtunterzeichner: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Estland, Georgien, Jugoslawien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Russische Föderation, Türkei, Usbekistan

*Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie:*

Aserbaidschan, Belarus\*, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien\*, Jugoslawien, Kasachstan\*, Kroatien, Lettland, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien\*, Slowakei, Slowenien, Türkei, Ukraine, Ungarn

Nichtunterzeichner: Albanien, Armenien, Estland, Georgien, Kirgisistan, Litauen, Russische Föderation, Tadschikistan, Tschechische Republik, Turkmenistan, Usbekistan

*Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten:*

Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien\*, Jugoslawien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik\*, Türkei, Ukraine, Ungarn

Nichtunterzeichner: Albanien, Armenien, Belarus, Estland, Georgien, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan

\*Staaten, die die Übereinkünfte ratifiziert haben, sind mit \* gekennzeichnet